Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
In Ms-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
im Tageblatt-Format gefalzt
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 207. Sonntag den 26. Juli 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nach der Bestimmung in §. 44 unter g der Revidirten Städte-Ordnung sind diejenigen Bürger, welche länger als zwei Jahre ihre Staats- und Gemeindeabgaben ganz oder theilweise im Rückstande gelassen haben, **von der Stimmberechtigung bei den Stadtverordneten-Wahlen ausgeschlossen.**

Unter Hinweis auf diese gesetzliche Bestimmung, sowie aus Anlaß der in nächster Zeit vorzunehmenden Aufstellung der **Stadtverordneten-Wahlliste** für die diesjährige Ergänzungswahl des Stadtverordneten-Collegii fordern wir alle Diejenigen, welche von der obenerwähnten Bestimmung betroffen werden, hierdurch auf, ihre rückständigen Staats- und Gemeindeabgaben rechtzeitig zu bezahlen.

Leipzig, am 22. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
II. 57. Dr. Tröndlin. Clauß.

Bekanntmachung.

Ein von Adam Müller (oder Moller), Bürger zu Leipzig, 1524 gestiftetes Stipendium von 40 ℳ 97 ₰ jährlich ist an hiesige Studirende und zwar zunächst an Verwandte des Stifters, in deren Ermangelung an Merseburger Stadtkinder und wenn deren keine die hiesige Universität besuchen, beliebig auf zwei Jahre von und mit Johannis dss. Js. ab zu vergeben.

Wir fordern diejenigen Herren Studirenden, welche sich in einer der angegebenen Eigenschaften um dieses Stipendium bewerben wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche mit den erforderlichen Beschleinigungen bis zum 30. September dss. Js. schriftlich bei uns einzureichen.

Später eingehende Bewerbungen können Berücksichtigung nicht finden.

Leipzig, den 9. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rücker.

Bekanntmachung.

Wegen Umänderung der Wasserleitungsanlagen in der **Sternwartenstraße** wird dieselbe **in ihrer Ausdehnung von der Nürnberger bis zur Thalstraße**

vom Montag, den 27. d. M. ab

auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr **gesperrt.**

Leipzig, am 25. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 8807. Dr. Tröndlin. Thielisch.

Auctions-Bekanntmachung.

Mittwoch, den 29. d. M., Vormittags von 9 Uhr an sollen im **Stadthause**, Eingang Mühlgasse Nr. 1,
verschiedene Wirthschaftsgegenstände, Kleidungsstücke, Taschenuhren, Ringe, 1 silbernes Besteck, 2 Bademannen und verschiedene andere Gegenstände
an den Meistbietenden **gegen sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 23. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
14. W. 3857 a. §. w. Dr. Tröndlin. Hübschmann.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 1. dieses Monats, den Buchbinder

Friedrich Carl Thieme

betreffend.

Leipzig, den 21. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt.
A. R. IV a. 2175/91. Hentschel. Hr.

Anmeldungen zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung.

Diejenigen Personen, welche noch in diesem Etatsjahre (bis 31. März 1892) Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Leipzig und Vororte zu erhalten wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, **spätestens aber bis zum 1. August** an die Kaiserliche Ober-Postdirection in Leipzig einzusenden. **Spätere Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1892 berücksichtigt werden.**

Eine Erneuerung der hier bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Leipzig, 26. Juni 1891.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der innerhalb der Zeit vom 10. August a. c. bis 30. Juni 1892 benöthigten **Kartoffeln**, ca. 8000 kg, und **Mohrrüben**, ca. 1500 kg, soll unter den zur Einsicht und Unterschrift hier ausliegenden Bedingungen in Submission vergeben werden.

Verschlossene, mit der Aufschrift: „Kartoffeln pp." versehene Offerten sind bis zum Eröffnungstermine, den 29. Juli a. c. Vormittags 10 Uhr, portofrei hierher einzusenden.

Leipzig, den 23. Juli 1891.

Königliches Garnison-Lazareth.

Die französische Flotte vor Kronstadt.

Die Aufnahme, welche die französische Flotte vor Kronstadt gefunden hat, entspricht den Vorbereitungen zum Empfange, die Russen haben ihre Bundesgenossen begrüßt, das ist der Sinn aller russischen und französischen Kundgebungen bei diesem Anlaß. Wenn auch der General-Admiral der russischen Flotte, Großfürst Alexis, dem französischen Admiral Gervais nicht persönlich entgegenfuhr, so schickte er ihm doch seinen Stellvertreter in der Person des Capitain Skridlow, und beim Festmahl, welches der französische Botschafter seinen Landsleuten gab, war nicht nur Großfürst Alexis gegenwärtig, sondern auch die Minister der Marine, des Innern, der Finanzen, des Verkehrs, der Adjunct des Ministers des Auswärtigen, mehrere Admirale und russische Marine-Officiere. Es fehlte also nichts, was den officiellen Charakter der Begrüßung hätte abschwächen können. Der Trinkspruch des Botschafters Laboulaye galt dem Kaiser Alexander, und Großfürst Alexis brachte ein Hoch auf den Präsidenten Carnot aus. Eine besondere Weihe erhielt der Besuch der französischen Flotte durch die Herausgabe zweier heiliger Fahnen, welche im Krimkriege aus einer griechischen Kirche in Eupatoria erbeutet worden waren. Es wurde damit gleichsam der letzte Rest der Erinnerung an eine längst vergangene Zeit getilgt, in welcher Rußland und Frankreich einander feindlich gegenüberstanden. Diese Aufmerksamkeit war zugleich eine Erwiderung für die Verleihung des St. Andreas-Ordens an den Präsidenten der französischen Republik.

Kann man sich einen größeren Gegensatz denken, als ihn die Aufführung der Marseillaise durch ein russisches Musikcorps darstellt, zum Gegengruß für die Wiedergabe der russischen Volkshymne durch ein französisches Musikcorps? Es ist, als ob die Errungenschaften der Civilisation, welche das 19. Jahrhundert gebracht hat, durch einen naturwidrigen Bund zerstört werden sollten, um Rußland in seinem Streben nach der Weltherrschaft zu bestärken. Der „Temps" hat sich bemüht, eine annehmbare Lösung des Räthsels zu finden, ist aber in diesem Bemühen nicht glücklich gewesen. Er nimmt einen muthigen Anlauf, um zu erklären, daß Frankreich und Rußland keine gebundene Marschroute, keinen geschriebenen Vertrag besitzen und daß Rußland immer nur russische Politik treiben werde. Der Schluß des Artikels enthält aber die überraschende Mittheilung, daß die europäischen Verhältnisse beider Mächte zu einer stillschweigenden Verständigung gedrängt haben, welche einen wirksamen Factor des Friedens bilde. Das heißt ungefähr: Eigentlich ist ein Bündniß Frankreichs mit Rußland ein Unsinn, aber die europäische Lage ist so geartet, daß Frankreich nichts übrig bleibt, als diesen Unsinn trotzdem zu begehen. Wenn Rußland immer nur russische Politik treiben wird, dann bedeutet doch das Bündniß, welches Frankreich mit Rußland eingeht, nicht eine gegenseitige Unterstützung unter annähernd gleichen Bedingungen, sondern die Mithilfe Frankreichs zur Erreichung russischer Zwecke. Und so ist es in der That, wie der greise Barthélemy-Saint-Hilaire vor Kurzem überzeugend auseinandergesetzt hat. Zum Ueberfluß soll die stillschweigende Verständigung zwischen Frankreich und Rußland auch noch einen wirksamen Factor des Friedens bilden. Dazu ist wieder nothwendig, daß die Tendenz des Dreibundes als friedensfeindlich verdächtigt wird, während dieser Bund doch ausgesprochener Maßen den Zweck hat, den status quo in Europa aufrecht zu erhalten, welchen Frankreich und Rußland verändern wollen.

Die französischen und russischen Blätter hüten sich wohl, zu sagen, was Rußland und Frankreich denn eigentlich beabsichtigen. Wollen sie zusammenhalten, um einen Angriff des Dreibundes abzuwehren, oder wollen sie im geeigneten Augenblick den Frieden brechen, um bestimmte Eroberungspläne auszuführen? Das Schweigen von beiden Seiten läßt auf die letztere Absicht schließen, welche überdies durch Alles, was seit dem Berliner Frieden vom 13. Juli 1878 geschehen ist, außer allen Zweifel gestellt wird.

Vorläufig ist der Dreibund auf weitere sechs Jahre verlängert, die Aussicht auf Sprengung dieses Bundes ist also für diese Zeit verschlossen, und deshalb kann auch dem Besuch der französischen Flotte in Rußland keine große politische Bedeutung zuerkannt werden. In dem Besuche giebt sich lediglich das Bedürfniß kund, die Erneuerung des Dreibundes durch eine Gegenkundgebung der außerhalb des Bundes stehenden Mächte auszugleichen. England ist seinem Wesen nach neutral, hat aber trotzdem seine Hinneigung zum Dreibund gezeigt und amtlich ausgesprochen, daß ihm die Aufrechthaltung des status quo im Mittelmeer am Herzen liegt. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat ferner erklärt, daß die Sympathien Englands auf Seiten Derer seien, welche den Frieden wahren, im Gegensatz zu Denen, welche ihn stören wollen. Das stillschweigende Einverständniß zwischen Rußland und Frankreich ist demgemäß der Ausfluß der Vereinsamung beider Mächte, sie schließen sich aneinander an, nicht weil sie zusammen passen, sondern weil ihnen kein anderer Anschluß zu Gebote steht, wenn sie den bestehenden Zustand in Europa verändern wollen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die russisch-französischen Absichten auch innerhalb des Dreibundes ihre Vertreter haben. Die Czechen sind so dreibundfeindlich wie möglich, sie sind ebenso entschiedene Gegner Deutschlands, wie sie Freunde der Franzosen und Russen und außerdem Förderer der panslawistischen Idee sind. Daß sie damit in Gegensatz zur österreichischen Politik treten, hält sie von ihrem thörichten Treiben nicht ab. Die österreichische Regierung erntet damit die Früchte der Aussaat der Jahre 1871 und 1879. Die Grafen Hohenwart und Thun, die Fürsten Lobkowitz und Schwarzenberg stimmen in dem Streben mit Rieger und seinen Altczechen wie mit den Jungczechen überein, die Czechen in Böhmen zur Herrschaft zu führen. Wer diese Forderung erhebt, begiebt sich zugleich in das Lager der Feinde Deutschlands, und deshalb hat die Unterscheidung zwischen Alt- und Jungczechen für die Endziele der Czechen keine Bedeutung.

Wir begegnen auch in Italien einer Partei, welche den Dreibund verwirft und den Anschluß an Frankreich als das Heil der Zukunft preist, aber diese Partei hat in den letzten Sitzungen der italienischen Kammer einen so entschiedenen Mißerfolg gehabt, daß dem französisch-russischen Einvernehmen von dieser Seite aus kaum eine Unterstützung erwachsen wird.

Der Dreibund hat endlich Gegner in England. Die Partei, welche von Labouchere neulich auf die Schädlichkeit der Sonderbündnisse im Gegensatz zum europäischen Einvernehmen aufmerksam gemacht worden ist, wartet nur auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung, um sich offen für Frankreich zu erklären. Diese Partei ist heute stark in der Minderheit und es ist für sie wenig Hoffnung vorhanden, daß sie sich in die Mehrheit verwandeln wird, aber auch selbst in diesem Falle werden im englischen Parlament immer die englischen Interessen maßgebend sein, und diese weisen auf die Erhaltung des status quo im Mittelmeere hin. Die Chancen für den Zweibund sind also keineswegs günstig, ihm bleibt nur die Berufung auf seine militairischen Machtmittel zu Lande und zur See als die Hoffnung der Zukunft. Der Besuch der französischen Flotte in Kronstadt verändert die politische Lage in Europa nicht, sie bestätigt nur die Thatsache des russisch-französischen Einverständnisses, an welchem seit langer Zeit ein Zweifel überhaupt nicht möglich war. Wir wissen aus den Verhandlungen des deutschen Reichstages bei Gelegenheit der Vermehrung der deutschen Artillerie, daß die russischen und französischen Streitkräfte an Zahl denen des Dreibundes überlegen sind, es scheint aber, daß diese Ueberlegenheit dem Zweibund für einen Friedensbruch nicht ausreicht. *

Leipzig, 26. Juli.

* Die Nachricht, daß eine tiefgehende Verstimmung zwischen dem Kaiser und dem Herzog Ernst von Coburg herrsche, wird aus unterrichteten Kreisen als durchaus falsch bezeichnet. Richtig ist an der ganzen Nachricht nur das Eine, daß Herzog Ernst von Coburg, wie mit ihm noch sehr viele Deutsche, lebhaft gewünscht hat, den Fürsten Bismarck noch länger auf dem Posten des ersten Rathgebers des Kaisers zu sehen. Aber der Herzog hat eingesehen, daß eine dauernde Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck doch nicht zu erzielen sein würde, und hat daher einen ihm nahe gelegten Versuch, zu Gunsten des Verbleibens des Fürsten Bismarck im Amt zu intervenirren, unterlassen. Es ist das die durchaus correcte Haltung, welche der Souverain eines Bundesstaates dem Kaiser und dessen ersten Rathgeber gegenüber einnehmen muß. Daraus eine „Verstimmung" zwischen dem Kaiser und dem Herzog herzuleiten, ist vollkommen unangebracht. Ebenso hinfällig ist der Beweisgrund, daß der Kaiser während der Manöver in Thüringen nicht bei dem Herzog wohnen werde. Wie man aus dem Fernbleiben des Kaisers von der Residenz des Herzogs von Coburg den Schluß zieht, daß eine Verstimmung zwischen den beiden Souverainen herrsche, ebenso gut konnte man denselben Schluß aus dem Umstande ziehen, daß der Kaiser nicht den Großherzog von Weimar, der doch ihm ebenso nahe verwandt wie der Herzog von Coburg ist, besuche. Daß der Kaiser während der Manöver nicht alle die Residenzen besuchen kann, welche im Terrain des manövrirenden Armeecorps liegen, ist wohl verständlich. Man hat sich deshalb entschlossen, während des Manövers überhaupt keine fürstliche Person zu besuchen.

* Eine Novelle zum Militairpensionsgesetz, wodurch mehrere Millionen erforderlich werden, wird nach einer Berliner Meldung der Münchener „Allgemeinen Zeitung" dem Reichstage in der nächsten Session zugehen. Im Uebrigen sollen außer dem durch die natürliche Entwickelung bedingten Wachsen des Marine- und des Militair-Etats keinerlei Mehrausgaben in diesen Etats in Aussicht genommen sein.

* In Berliner diplomatischen Kreisen will man wissen, daß der langjährige Doyen des diplomatischen Corps und Vertreter Italiens am Berliner Hofe, Graf de Launay, der nach dem Tode seiner Gemahlin kürzlich eine Urlaubsreise angetreten hat, nur noch zurückkehren würde, um dem Kaiser sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Graf de Launay, der hier seit dem Jahre 1867 ununterbrochen beglaubigt ist, hat sich um die deutsch-italienischen Beziehungen die allergrößten Verdienste erworben, was wiederholt sowohl von italienischer als auch von deutscher Seite in Form außergewöhnlicher Auszeichnungen anerkannt worden ist. Es wird der italienischen Regierung gewiß nicht leicht fallen, ihm einen ebenbürtigen Nachfolger zu geben. Nach seinem Fortgange würde Graf Szechenyi, der Botschafter Oesterreich-Ungarns, Doyen des Berliner diplomatischen Corps werden.

* Wenn vor Kurzem der Hoffnung Ausdruck gegeben werden konnte, daß die schlimmste Zeit außergewöhnlich hoher Getreidepreise bald überwunden sein werde, so hat die anhaltende Ungunst der Witterung bei uns wie in den Nachbarländern dieser Annahme leider den Boden entzogen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß nicht nur die Ernteaussichten erheblich schlechter geworden sind, sondern daß auch eine beträchtliche Verspätung der Ernte sicher ist. In einzelnen Gegenden ist theils durch Hochwasser, theils durch Hagelschlag den Feldfrüchten schwerer Schaden zugefügt. Aber auch wo dies nicht der Fall, hat die Witterung schon ebenso gelitten wie die Hackfrüchte. Manches kann wohl noch gebessert werden, wenn endlich die Regenperiode ihren Abschluß erreicht haben sollte. Wenn in dieser Hinsicht noch für Hoffnungen wie Befürchtungen Raum ist, so ist es andererseits ganz sicher, daß die Roggenernte sich erheblich verspätet und somit den Zeitraum bis zur Versorgung des Marktes mit neuer Frucht bei der Knappheit der Vorräthe empfindlicher Weise verlängert. Naturgemäß haben denn auch die Preise wieder angezogen; verschärft wird die steigende Preisbewegung durch die auch jetzt wieder thätige Haussespeculation, welche mit Erfolg namentlich darauf bedacht ist, von dem Berliner Markte die ausländischen Zufuhren fernzuhalten. Es ist erklärlich, daß unter solchen Umständen die schon fast erloschene Agitation zur Aufhebung der Getreidezölle wieder auflebt. Bezeichnend ist, daß, wie anfänglich planmäßig mit falschen Nachrichten über die Absichten der Regierung gearbeitet wurde, auch jetzt wieder zunächst, und zwar an der Börse, das Gerücht auftauchte, daß nunmehr demnach eine Herabsetzung der Zölle in Aussicht stehe. Natürlich entbehrte das Gerücht jeglicher thatsächlichen Unterlage. Denn wenn vor acht Wochen die Frage discutabel erschien, ob mittelst einer theilweisen Suspension des Getreidezolles für die Zeit bis zur Versorgung des Marktes mit neuer Brodfrucht ein heilsamer Druck auf die Getreidepreise geübt werden könnte, so wäre jetzt von einer Suspension des Zolles bis etwa zum 1. September eine bemerkenswerthe Wirkung auf die Brodpreise sicher nicht mehr zu erwarten. Eine Suspension des Zolles über diesen Zeitpunct hinaus aber verbietet sich, auch abgesehen von den von der Regierung bekanntlich sehr stark in den Vordergrund gestellten Rücksichten auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen, schon aus dem Grunde, weil angesichts der jetzigen Ernteaussichten die Beseitigung des Schutzzolles einem vernichtenden Schlage gegen die deutsche Landwirthschaft gleichkäme. Die Frage der Suspension der Getreidezölle ist daher zur Zeit nicht discutabel, und es handelt sich bei jenen Börsengerüchten lediglich um ein reines Phantasiemanöver im Interesse der Börsenspeculanten und der Freihandelspolitik.

* Die bevorstehende Stichwahl im Reichstagswahlkreise Cassel-Melsungen scheint gleich anfangs mit dem Siege des socialdemokratischen Candidaten zu endigen. Am Freitag proclamirte nämlich das antisemitische Organ in Cassel, das „Reichsgeldmonopol", stricte Wahlenthaltung, indem es sich in folgender Weise ausläßt: „Einem Vertreter der vaterlandslosen, mit jüdischer Unterstützung auf den Ruin unseres Bürger- und Bauernstandes hinarbeitenden Socialdemokratie kann unsere Partei niemals zum Siege verhelfen. . . . Aber auch der judenfreundliche liberale Candidat kann nicht auf antisemitische Stimmen hoffen, da er diese Hilfe von vornherein verscherzt hat durch die vor der Wahl abgegebenen Erklärungen. Ein Mann, der die nachgerade in das Gebiet der Lächerlichkeit zu verweisenden Phrasen von der „Religionshetze" der Antisemiten in die Wählerschaft schleudert, der sich als Hort des angeblich verfolgten, in Wahrheit aber uns Deutsche schmählich mißhandelnden Judenthums aufspielt und der kein Gefühl hat für die Noth des Bauernstandes, — ein solcher kann nie und nimmer auf den Schultern unserer Partei in den Reichstag einziehen." Nach einem Hinweise darauf, daß der liberale Candidat vom „Berliner Tageblatt", das die Antisemiten in der schamlosesten Sprache verunglimpfe, empfohlen worden sei, schließt der Artikel: „Wir überlassen die Verantwortung für den schließlichen Wahlausfall einzig jenen Leuten, die nicht erkennen wollen, daß die hessische Bevölkerung es müde ist, sich als Judenknechte mißbrauchen zu lassen!" Berücksichtigt man, daß der antisemitische Candidat bei der Hauptwahl mehr als 4000 Stimmen erhielt, daß die Particularisten sich principiell der Abstimmung enthalten werden, sowie daß auch viele Conservative den in wirthschaftlichen Fragen ganz auf deutschfreisinnigen Standpuncte verharrenden liberalen Candidaten ihre Unterstützung versagen, so hat die Socialdemokratie die größten Chancen, und dies um so mehr, als die versuchte „Heranziehung der säumigen gemäßigt liberalen Wähler" erfahrungsgemäß wenig Erfolg verspricht.

* In der „Westf. Volksztg." bei Herrn Fusangel wird über die Untersuchungssache wegen der Stempelfälschungen auf dem Bochumer Werk Folgendes mitgetheilt:

Dieser Tage ist verschiedenen Zeitungen die Mittheilung zugegangen, daß in der Stempelfälscher schwebende Ermittelungsverfahren habe bisher weder gegen Herrn Baare selbst, noch gegen den „Bochumer Verein" nennenswerthes Belastungsmaterial ergeben. Diese Behauptung ist unrichtig; denn wenn auch dieses Ermittelungsverfahren noch lange nicht beendet ist und, bei der Fülle des zu Bewältigenden Materials, auch noch so bald nicht abgeschlossen werden kann, so hat doch die Durchmusterung der zahlreichen Belastungszeugen hinreichende Anhaltspuncte dafür ergeben, daß die von uns gerügten Unregelmäßigkeiten thatsächlich in großem Umfange auf dem „Bochumer Verein" seit Jahren betrieben worden sind und Herr Baare davon gewußt hat. Die Anzahl der vernommenen Zeugen mag Hundert bereits übersteigen und doch konnten erst die in Bochum selbst oder dessen näherer Umgebung Wohnenden vor den Untersuchungsrichter geladen werden. Ein großer Theil der Zeugen ist über ganz Deutschland verstreut und kann erst später veranlaßt werden, seine Aussagen zu Protokoll zu geben. So ist die Lage der Dinge. Die Untersuchung wird mit aller Macht gefördert und wenn dieselbe bisher nicht zum Abschlusse gelangte, so liegt dies nur an dem überaus reichhaltigen Belastungsmaterial, welches dem Herrn Untersuchungsrichter gegen Baare und Genossen zur Verfügung gestellt worden konnte.

Es ist bei dieser Mittheilung zu berücksichtigen, daß sie von Herrn Fusangel ausgeht und daß dieser Herr nicht gerade bewiesen hat, daß er Uebertreibungen nicht liebe.

* Der Director des „Elsässer Journals", Fischbach, ein Altstraßburger, war kürzlich im „Gaulois" wegen seiner politischen Haltung aufs Wüthendste angegriffen und verunglimpft worden. Dies hat ihn nun veranlaßt, in seiner Zeitung einige Aufklärungen über die Personalien Derer zu geben, welche in der französischen Presse sich mit der Abfassung von Proscriptionsartikeln gegen alle Deutschland gegenüber verfänglich gestimmten Elsässer und mit dem Schreiben von Hetzartikeln über Elsaß-Lothringen überhaupt befassen. Es sind meist ausgewanderte Elsässer anrüchigster Vergangenheit. So stammt der Mitarbeiter des „Gaulois", welcher sich mit dem altmeranisch klingenden Pseudonym „Bois-Glayy" schmückt, aus Rosheim und heißt eigentlich Bloch Levy. Ein anderer, der Bloch heißt und aus Bischheim stammt, suchte sich durch Schimpfereien im „National" dafür zu rächen, daß er in der Redaction des „Elsässer Journals" nicht ankommen, auch kein Geld dort borgen konnte. Er war eine der Bassermann'schen Gestalten Straßburgs zu Anfang der siebenziger Jahre und Jedem, welcher dort mit der Presse, gleichviel welcher Richtung, zu thun hatte, von derselben Seite wie dem „Elsässer Journal" bekannt. Der Hauptredacteur des „Alsacien Lorrain" ist vor ein paar Jahren über den Ocean verduftet wegen finanzieller Unsauberkeiten; das „Elsässer Journal" will seinen Namen aus Rücksicht auf die in Elsaß geachtete Familie nicht nennen. Ein gewisser Maurer endlich, ehemaliger Redacteur des „Expreß" von Mülhausen, wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt und aus Mülhausen mit Hinterlassung vieler Schulden ausgerissen, fabricirt jetzt für die „Petit Presse" die Correspondenzen aus Mülhausen, Colmar und Straßburg. Das „Elsässer Journal" verspricht noch mehr Einzelheiten zum Besten zu geben, sobald es die Zeit für gekommen erachtet.

* In Bayern stehen eine Reihe von Nachwahlen zur Abgeordnetenkammer bevor, von denen jedoch nur diejenige in Traunstein allgemeineres Interesse verdient, weil bei derselben die Gegensätze innerhalb des Centrums zum Ausdruck kommen. Dort hat man Dr. Kleitner aufgestellt, wogegen die Patriotenpresse lebhaft protestirte, weil ihr der Candidat zu opportunistisch war, und die Centrumsführer versuchten, allerdings vergeblich, diese Candidatur zu beseitigen. Man wirft Dr. Kleitner nichts Geringeres vor, als über die bayerischen Bischöfe im Allgemeinen und einen derselben im Besonderen abfällige Bemerkungen gemacht zu haben, welche Behauptung bisher unwidersprochen blieb. Angenommen wird, Dr. Daller werde sich auf einer demnächst in Tuntenhausen stattfindenden Bauernversammlung hierüber äußern, welche Versammlung bisher alle Jahr als eine Gelegenheit zu prinzipiellen Erörterungen benutzt wurde.

* Der conservative Reichstagsabgeordnete Lutz aus Bayern, der auch bayerischer Landtagsabgeordneter ist, hat am 19. d. M. im mittelfränkischen Bauernverein zu Feuchtwangen eine Rede gehalten, in welcher er seine Stellung zu dem Plan, ein neues Museum in München zu bauen, in dem Satze kundgab: „Wären Sie damit einverstanden, daß man zehn Millionen zur Aufbewahrung von altem Gerümpel bewilligt?"

* Die Münchener „Allgemeine Zeitung" bespricht in ihrer Mittwoch-Abendausgabe eine Berliner Correspondenz des „Pester Lloyd", welche Bismarck's Politik einerseits Oesterreich-Ungarn, andererseits Rußland gegenüber behandelt und darzulegen sucht, daß Fürst Bismarck niemals sich mit dem Gedanken eines Abschwenkens von der Dreibundpolitik getragen habe. Es heißt dann in der erwähnten Correspondenz weiter:

„Nur 3½ Monate vor dem Tode Kaiser Wilhelm's I. war es dem Fürsten Bismarck gelungen, den Zaren bei dem Besuch in Berlin von unbegründeten schweren Verdachte zu befreien. Zur Wiederkehr offen und bewährt freundlicher Gesinnungen bedurfte es längerer Zeit, zumal bald in Deutschland ein junger thatkräftiger Herrscher, über dessen Charakter das Ausland im Ungewissen war, die Zügel der Regierung ergriffen hatte. Kaiser Wilhelm II. ließ sich angelegen sein, den Beziehungen zum russischen Hofe mehr Wärme zu verleihen und sie mit einem größeren Maße gegenseitigen persönlichen Vertrauens zu erfüllen. Dazu war aber — wegen Kaiser und Kanzler stets völlig übereinstimmten — keine Aenderung der deutschen Politik nöthig. Der Gegenbesuch des Zaren in Berlin 1889 schloß mit der Aussicht, daß Kaiser Wilhelm II. im Sommer 1890 wieder Gast in Petersburg sein und den russischen Manövern beiwohnen werde. Fürst Bismarck war von dieser Aussicht nicht so erfreut, wie es der Kaiser wünschte, und er soll sogar — ob mit Recht oder Unrecht — den Beginn der Kanzlerkrisis bis auf die